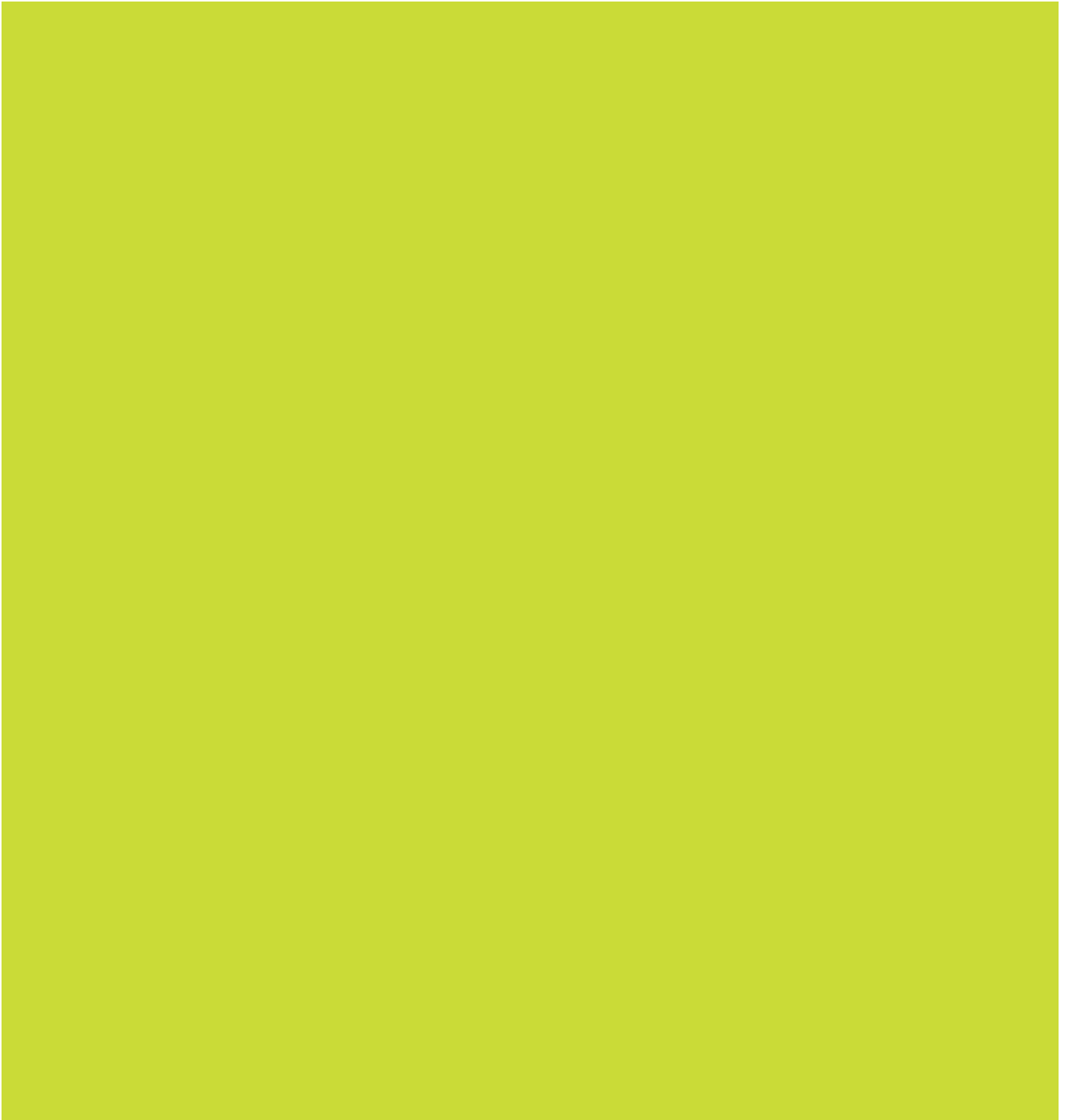


**Beschlussvorlage zum TOP 10
Änderung der Satzung der GLS Bank vom 10. Dezember 2016
mit Erläuterungen**



Beschlussvorlage zum TOP 10

Änderung der Satzung der GLS Bank vom 10. Dezember 2016

mit Erläuterungen

Vorstand und Aufsichtsrat der GLS Bank schlagen vor, die Satzung wie nachfolgend dargestellt zu ändern.

Es werden aus Platzgründen nur die ergänzten oder geänderten Satzungsregelungen sowie deren Überschriften aufgezeigt. In dieser Tabelle nicht erwähnte Regelungen oder Absätze sind nicht geändert worden.

Entfernter Text wird farblich hervorgehoben und durchgestrichen dargestellt.

Neu eingefügter Text wird farblich hervorgehoben und unterstrichen dargestellt.

Nichtbezeichnete Paragraphen sind solche der Satzung der GLS Gemeinschaftsbank eG.

Paragraphen des Genossenschaftsgesetzes¹ sind als solche mit dem Zusatz „GenG“ bezeichnet.

Paragraphen anderer Gesetze sind mit der üblichen Abkürzung bezeichnet.²

¹ **GenG:** Genossenschaftsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2230), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1166) geändert worden ist

² **BGB:** Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 72) geändert worden ist;

KWG: Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist

I. Firma, Sitz, Zweck und Gegenstand des Unternehmens

[...]

§ 2 Zweck und Gegenstand

(1)

...Einlagen werden verkehrsüblich verzinst, wenn nicht die Einleger*innen ausdrücklich einen niedrigeren Zinssatz wünschen....

Geschlechtergerechte Sprache: Eine entsprechende Anpassung haben wir in der gesamten Satzung vorgenommen. Aufgrund der Vielzahl dieser Änderungen werden wir in den folgenden Erläuterungen nicht erneut darauf hinweisen.

(2)

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften bzw. Dienstleistungen unter Berücksichtigung der unter (1) beschriebenen Ziele, insbesondere:

a)

die Annahme von ~~Spareinlagen und sonstigen~~ Einlagen;

Die Aufzählung typischer banküblicher und ergänzender Geschäfte in § 2 Abs. 2 ist nach nahezu allgemeiner Ansicht regelbeispielhaft. Das bedeutet, dass die GLS Bank nicht verpflichtet ist, alle dort aufgezählten Geschäfte auch wirklich zu betreiben. Weil das zum Teil jedoch anders verstanden und aus der ausdrücklichen Erwähnung der Spareinlagen in den Satzungen geschlossen wird, dass sie – auch in Zeiten negativer Einlagenzinsen – angenommen werden müssen, ist § 2 Abs. 2 a) so formuliert worden, dass hieraus nicht mehr fälschlich auf einen Annahmezwang geschlossen werden kann.

[...]

h)

der Erwerb und die Veräußerung sowie die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Beteiligungen, Fonds und anderen Vermögenswerten;

Ergänzung

i)

die Vermittlung oder der Verkauf von Bausparverträgen und; Versicherungen ~~und Reisen~~;

Streichung, Anpassung an die Praxis

j)

der Ankauf von Forderungen (Forfaitierung, Factoring);

Ergänzung

kj)

Leistungen für gesellschaftliches Wirken, die dem Zweck der Genossenschaft und einem gesellschaftlichen Nutzen dienen;

Redaktionelle Änderung

l)

das Immobiliengeschäft sowie die Beteiligung an Immobilien-gesellschaften.

Ergänzung

[...]

(4)

Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen. Dies gilt jedoch nur insoweit, als die Nichtmitglieder sich verpflichten, zur Unterstützung der besonderen Leistungen, die die Genossenschaft nach dem Zweck und Gegenstand der Genossenschaft (§ 2 Abs. (1) und Abs. (2) Buchstabe **kj**) erbringt, der Genossenschaft einen Beitrag zu leisten, der demjenigen entspricht, den zu leisten die Mitglieder verpflichtet sind (vgl. § 12 Buchstabe d)).

Redaktionelle Änderung

II. Mitgliedschaft

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

[...]

(2)

Die Mitgliedschaft wird erworben durch:

Anpassung an die Formulierung des § 15 Abs. 1 GenG

a)

eine ~~von den Beitretenden zu unterzeichnende~~ schriftliche unbedingte Beitrittserklärung, die den Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes entsprechen muss;

b)

Zulassung durch die Genossenschaft.

[...]

§ 5 Kündigung

Jedes Mitglied ~~kann~~ hat das Recht seine/ihre Mitgliedschaft oder die Beteiligung mit einem oder mehreren seiner/ihrer weiteren Geschäftsanteile zum Schluss eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer Frist von fünf Jahren schriftlich zu kündigen.

Redaktionelle Änderung

§ 6 Übertragung des Geschäftsguthabens

(1)

Ein Mitglied kann jederzeit, auch im Laufe des Geschäftsjahres, sein/ihr Geschäftsguthaben durch schriftlichen Vertrag einem anderen übertragen und hierdurch aus der Genossenschaft ohne Auseinandersetzung ausscheiden, sofern der/die Erwerbende~~r~~ bereits Mitglied ist oder an seiner Stelle Mitglied wird.

(2)

Ein Mitglied kann sein/ihr Geschäftsguthaben, ohne aus der Genossenschaft auszuseiden, teilweise übertragen und damit die Anzahl seiner/ihrer Geschäftsanteile verringern. Abs. (1) gilt entsprechend.

(3)

Die Übertragung des Geschäftsguthabens oder eines Teils davon bedarf der Zustimmung der Genossenschaft. Dies gilt nicht im Fall des § 76 Abs. 2 des Genossenschaftsgesetzes.

*Die Übertragung des Geschäftsguthabens darf an weitere Voraussetzungen wie die Zustimmung der Genossenschaft geknüpft werden. Dies gilt jedoch nicht in den in § 76 Abs. 2 GenG aufgeführten Fällen, wenn die Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens eingeschränkt ist.
Dem tragen wir durch die Ergänzung Rechnung.*

§ 7 Ausscheiden durch Tod

Mit dem Tode scheidet ein Mitglied aus; seine Mitgliedschaft geht auf den/~~die~~ Erb*~~in~~~~en~~ über. Die Mitgliedschaft des/der Erb*in endet mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem der Erbfall eingetreten ist (§ 77 Abs. (1) des Genossenschaftsgesetzes).

Redaktionelle Änderung

[...]

§ 9 Ausschluss

(1)

Ein Mitglied kann aus der Genossenschaft zum Schluss eines Geschäftsjahres ausgeschlossen werden, wenn

[...]

c)

es durch Nichterfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft diese schädigt ~~oder geschädigt~~ hat oder wegen der Nichterfüllung einer Verbindlichkeit gerichtliche Maßnahmen notwendig sind;

Ergänzung

[...]

(3)

Vor der Beschlussfassung ist dem/~~der~~ Auszuschließenden Gelegenheit zu geben, sich zu dem beabsichtigten Ausschluss zu äußern. Hierbei sind ihm/~~ihr~~ die wesentlichen Tatsachen, auf denen der Ausschluss beruhen soll, sowie der satzungsmäßige Ausschlussgrund mitzuteilen.

[...]

(5)

Der Beschluss ist dem/~~der~~ Ausgeschlossenen ~~von dem vom~~ Vorstand unverzüglich durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Von der Absendung des Briefes an kann das ausgeschlossene Mitglied nicht mehr an der Generalversammlung teilnehmen und nicht Mitglied des Vorstands oder Aufsichtsrats sein.

Redaktionelle Änderung

(6)

Der/~~Die~~ Ausgeschlossene kann, wenn nicht die Generalversammlung den Ausschluss beschlossen hat, innerhalb eines Monats seit der Absendung des Briefes Beschwerde beim Aufsichtsrat einlegen. Die Beschwerdeentscheidung des Aufsichtsrats ist genossenschaftsintern endgültig.

(7)

Es bleibt dem/~~der~~ Ausgeschlossenen unbenommen, gegen den Ausschluss den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten. Der ordentliche Rechtsweg ist jedoch ausgeschlossen, wenn das Mitglied von der Beschwerdemöglichkeit gemäß Absatz (6) keinen Gebrauch gemacht hat.

§ 10 Auseinandersetzung

[...]

(3)

~~Reicht das Vermögen der Genossenschaft einschließlich der Rücklagen und aller Geschäftsguthaben zur Deckung der Schulden nicht aus, so ist das ausgeschiedene Mitglied verpflichtet, von dem Fehlbetrag einen nach dem Verhältnis der Haftsummen aller Mitglieder zu berechnenden Anteil, jedoch höchstens die Haftsumme an die Genossenschaft zu zahlen.~~

Die Streichung des § 10 Abs. 3 ist eine Folge des Ausschlusses der Nachschusspflicht in § 40. Die Erläuterung zum Ausschluss der Nachschusspflicht finden Sie unten zu § 40.

~~(4)~~

Die Absätze (1) bis (23) gelten entsprechend für die Auseinandersetzung nach Kündigung einzelner Geschäftsanteile.

Redaktionelle Änderung

§ 11 Rechte der Mitglieder

Jedes Mitglied hat das Recht, nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes und der Satzung die Leistungen der Genossenschaft in Anspruch zu nehmen und an der Gestaltung der Genossenschaft mitzuwirken. Es hat insbesondere das Recht,

[...]

b)

in der Generalversammlung Auskünfte über Angelegenheiten der Genossenschaft zu verlangen (§ 34);

Ergänzung, Klarstellung

[...]

§ 12 Pflichten der Mitglieder

Jedes Mitglied hat die Pflicht, das Interesse der Genossenschaft zu wahren. Es hat insbesondere

[...]

d)

für die Unterstützung der besonderen Leistungen, die die Genossenschaft für die Mitglieder nach dem Zweck und Gegenstand der Genossenschaft (§ 2 Abs. (1) und Abs. (2) Buchstabe jk)) erbringt, der Genossenschaft einen Beitrag zu leisten. Der Beitrag beträgt derzeit 60 Euro pro Jahr. Über zukünftige Anpassungen sowie Ausnahmen zur Zahlungspflicht entscheidet die Generalversammlung soweit diese Satzung nichts anderes regelt.

Redaktionelle Änderung

[...]

III. Organe

[...]

A. Der Vorstand

[...]

§ 15 Vertretung

(1)

~~Zwei Vorstandsmitglieder können rechtsverbindlich für die Genossenschaft zeichnen und Erklärungen abgeben (gesetzliche Vertretung). Die Genossenschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem/ einer Prokurist*in vertreten.~~

Der Aufsichtsrat kann einzelne oder alle Vorstandsmitglieder oder Prokurist*innen vom Verbot der Mehrvertretung des § 181 BGB befreien.

Mit dieser Ergänzung machen wir von der durch § 25 Abs. 2 Satz 1 GenG eingeräumten Möglichkeit Gebrauch. Man nennt dies eine „gemischte Gesamtvertretung“.

*Hiermit wird die Möglichkeit eröffnet, Vorstandsmitglieder oder Prokurist*innen vom Verbot des Selbstkontrahierens zu befreien, d.h. den Abschluss von Rechtsgeschäften durch ein Vorstandsmitglied auf der einen Seite im Namen der GLS Bank und auf der anderen Seite für sich im eigenen Namen (§ 181 Alt. 1 BGB) oder als Vertreter eines Dritten (§ 181 Alt. 2 BGB) zu erlauben.*

(2)

Die Vorschriften über die Erteilung von Prokura, Handlungsvollmacht und sonstigen Vollmachten zur rechtsgeschäftlichen Vertretung ist zulässig. ~~bleiben unberührt (rechtsgeschäftliche Vertretung).~~ Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.

Änderung, Klarstellung zur Erteilung von Vollmachten

§ 16 Aufgaben und Pflichten des Vorstands

(1)

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleitenden einer Kreditgenossenschaft anzuwenden. Über vertrauliche Angaben, die ihnen durch die Tätigkeit im Vorstand bekannt geworden sind, haben sie Stillschweigen zu bewahren, soweit sich aus dem besonderen Zweck der Genossenschaft etwas anderes nicht ergibt oder soweit nicht Befreiung von dem Verschwiegenheitsgebot erteilt worden ist.

(2)

Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet,

[...]

b)

eine Geschäftsordnung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat aufzustellen und erforderlichenfalls weiterzuentwickeln, die der einstimmigen Beschlussfassung im Vorstand bedarf und von allen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen ist;

Redaktionelle Änderung

[...]

d)

für ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen zu sorgen;

Redaktionelle Änderung

e)

die Bestimmungen des Statuts der Sicherungseinrichtungen des BVR einschließlich der Verfahrensregeln sowie die Bestimmungen der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH zu beachten;

*Durch den Beitritt zum BVR-ISG-Sicherungssystem hat die GLS Bank Pflichten übernommen, die sich aus der Beitrittserklärung und der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH ergeben.
Entsprechend wurden hier ergänzt, dass die Bestimmungen der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH zu beachten sind*

[...]

g)

ordnungsgemäße Inventuren vorzunehmen und ein Inventarverzeichnis zum Ende des Geschäftsjahres aufzustellen;

Die GLS Bank muss ein Inventarverzeichnis aufstellen (Nachprüfbarkeit ist ein Grundsatz ordnungsgemäßer Inventur. Vgl. hierzu auch § 240 HGB).

g)h)

Redaktionelle Änderung

innerhalb von drei Monaten nach Ende des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und den Lagebericht aufzustellen, beides unverzüglich dem Aufsichtsrat und sodann mit dessen Bericht der Generalversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses vorzulegen;

h)i)

Redaktionelle Änderung

im Prüfungsbericht etwaig festgehaltene Mängel abzustellen und dem Prüfungsverband darüber zu berichten;

i)

Redaktionelle Änderung

zu entscheiden, ob im Einzelfall einem (Nicht-)Mitglied die Beitragszahlung gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. (4) dieser Satzung gestundet oder ganz oder teilweise erlassen werden kann, wenn das (Nicht-)Mitglied glaubhaft macht, dass ihm die Leistung des Betrages aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse ganz oder teilweise unzumutbar ist.

[...]

§ 18 Zusammensetzung und vertragliche Vereinbarungen

[...]

(2)

~~Der Vorstand wird~~ Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. ~~dieser~~ Der Aufsichtsrat kann eine/n Vorsitzende*n oder Sprecher*in des Vorstandes ernennen. Der Aufsichtsrat ist für den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Dienstverträgen oder sonstigen Vereinbarungen über die Tätigkeit als Vorstandsmitglied mit jedem haupt- oder nebenamtlichen Vorstandsmitglied sowie für den Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen zuständig.

Redaktionelle Änderung

Die Erklärungen des Aufsichtsrats werden durch seine*n Vorsitzende*n, bei dessen/deren Verhinderung durch dessen/deren Stellvertreter*in abgegeben.

*Ergänzung um Vertretungsregelung durch Stellvertreter*in*

Die Beendigung des Dienstverhältnisses ~~oder der sonstigen Vereinbarungen~~ hat die Aufhebung der Organstellung zum Zeitpunkt des Ausscheidens zur Folge.

Streichung

(3)
Mitglieder des Vorstandes scheiden mit dem Ende des Kalenderjahres aus dem Vorstand aus, in dem sie das gesetzliche Renteneintrittsalter erreichen ~~67. Lebensjahr vollendet haben~~.
Ausnahmen können von der Generalversammlung beschlossen werden.

Redaktionelle Änderung

Anpassung an das gesetzliche Renteneintrittsalter

(4)
Der Aufsichtsrat kann jederzeit ein Vorstandsmitglied seines Amtes entheben.

Redaktionelle Änderung

§ 19 Willensbildung ~~Beschlussfassung~~

Anpassung der Überschrift an den Inhalt des § 19

(1)
Die Entscheidungen des Vorstands bedürfen grundsätzlich der Beschlussfassung. Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.

Ergänzung, Klarstellung

~~(2)~~
Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder mitwirkt. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Redaktionelle Änderung

(3)
Vorstandssitzungen können auch ohne körperliche Anwesenheit an einem Sitzungsort mittels elektronischer Kommunikation abgehalten werden (virtuelle Sitzung), wenn kein Mitglied des Vorstands diesem Verfahren widerspricht.

Ergänzung

Anpassung an das GenG: Klarstellung, dass Vorstandssitzungen auch virtuell abgehalten werden können

Unter denselben Voraussetzungen kann eine Vorstandssitzung sowohl durch körperliche Anwesenheit am Sitzungsort als auch ohne körperliche Anwesenheit an diesem Ort mittels elektronischer Kommunikation abgehalten werden (hybride Sitzung).

Anpassung an das GenG: Klarstellung, dass Vorstandssitzungen auch hybrid abgehalten werden können

Eine Beschlussfassung ist ohne Einberufung einer Sitzung schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation zulässig, wenn kein Mitglied des Vorstands diesem Verfahren widerspricht.

Klarstellung, dass Vorstandsbeschlüsse grundsätzlich auch schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation gefasst werden können.

~~(24)~~
Der Vorstand ist gehalten, unbeschadet der in Absatz ~~(2)~~ festgelegten Mehrheitsverhältnisse, grundsätzlich einstimmige Beschlussfassung vorzusehen.

Redaktionelle Änderung

~~(35)~~
Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken ordnungsgemäß zu protokollieren. Die Protokolle sind fortlaufend zu nummerieren. Sie sind von den an der Beratung mitwirkenden Vorstandsmitgliedern zu signieren ~~unterzeichnen~~. Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.

Redaktionelle Änderung

Ersetzung „unterzeichnen“ durch „signieren“

(46)

Wird über Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die Interessen eines Vorstandsmitglieds, seines/r Ehegatten*in oder seiner/r eingetragenen Lebenspartner*in, seiner Eltern, Kinder, Geschwister oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, darf das betreffende Vorstandsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Vorstandsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

Redaktionelle Änderung

Die Befangenheitsklausel ist daran angepasst worden, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft der Ehe in rechtlicher Hinsicht inzwischen weitestgehend gleichgestellt ist.

§ 20 Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrates*Redaktionelle Änderung*

Die Mitglieder des Vorstandes sind berechtigt, an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilzunehmen, wenn nicht durch besonderen Beschluss des Aufsichtsrates die Teilnahme ausgeschlossen wird. In den Sitzungen des Aufsichtsrates hat der Vorstand die erforderlichen Auskünfte über geschäftliche Angelegenheiten zu erteilen. Bei der Beschlussfassung des Aufsichtsrates haben die Mitglieder des Vorstandes kein Stimmrecht.

*Redaktionelle Änderung***§ 21 Organkredite Organgeschäfte**

Geschäfte mit Krediten an Vorstandsmitgliedern bedürfen in den in § 15 KWG genannten Fällen der vorherigen Zustimmung der übrigen Vorstandsmitglieder und des Aufsichtsrates.

Anpassung an § 15 Abs. 6 KWG: danach werden nunmehr nicht nur Organkredite sondern auch andere Organgeschäfte einbezogen
Redaktionelle Änderung

B. Der Aufsichtsrat**§ 22 Aufgaben und Pflichten****(1)**

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen und sich zu diesem Zweck über die Angelegenheiten der Genossenschaft zu unterrichten; er hat auch darüber zu wachen, dass der Vorstand die Bestimmungen des Statuts der Sicherungseinrichtung des BVR einschließlich der Verfahrensregeln sowie die Bestimmungen der Satzung der BVR Instituts-sicherung GmbH beachtet.

Redaktionelle Änderung

Die Erwähnung der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH in § 22 Satz 1 ist eine Folgeänderung zur Änderung des § 16 Abs. 2e). Die Erläuterung hierzu finden Sie oben zu § 16 Abs. 2e)

Der Aufsichtsrat muss den Vorstand auch im Hinblick auf die Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Regelungen überwachen. Er kann jederzeit Berichterstattung vom Vorstand verlangen und selbst oder durch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder die Bücher und Schriften der Genossenschaft einsehen.

Bankaufsichtsrechtliche Regelungen sind ergänzt worden – diese Überwachungspflicht ergibt sich aus § 25d Abs 6 S. 1 KWG

(2)

Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsmäßigen Pflichten aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und sich der Hilfe von Sachverständigen auf Kosten der Genossenschaft bedienen. Soweit der Aufsichtsrat Ausschüsse bildet, bestimmt er, ob diese beratende oder entscheidende Befugnis haben. Ein Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis muss mindestens aus drei Personen bestehen. Ein Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder – bei Beschlussfassung über Organkredite/Organgeschäfte jedoch nicht weniger als drei – anwesend sind. Für die Beschlussfassung gilt ergänzend § 25.

Dieses Recht des Aufsichtsrates ergibt sich aus dem GenG und wurde der Vollständigkeit halber ergänzt

Ergänzung „Organgeschäfte“, Anpassung an § 21, Die Erläuterung hierzu finden Sie oben zu § 21

Klarstellung: Verweis auf § 25 zur Beschlussfassung

(3)

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung eines Jahresüberschusses oder für die Deckung eines Jahresfehlbetrages sowie den Konzernabschluss zu prüfen und der Generalversammlung vor Feststellung des Jahresabschlusses darüber Bericht zu erstatten sowie den Konzernabschluss zu billigen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats hat den Inhalt des Prüfungsberichts zur Kenntnis zu nehmen.

Redaktionelle Änderung

Ergänzung um Konzernabschluss

Ergänzung um Pflicht zur Kenntnisnahme des Inhalts des Prüfungsberichts

[...]

(5)

Einzelheiten über die Erfüllung der dem Aufsichtsrat obliegenden Pflichten regelt die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.

Redaktionelle Änderung

(6)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben bei ihrer Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Aufsichtsratsmitgliedes einer Kreditgenossenschaft anzuwenden. Sie haben über alle vertraulichen Angaben und Geheimnisse der Genossenschaft sowie der Mitglieder und Kund*innen, die ihnen durch die Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren, soweit sich aus dem besonderen Zweck der Genossenschaft etwas anderes nicht ergibt oder soweit nicht Befreiung von vom dem Verschwiegenheitsgebot erteilt worden ist.

Redaktionelle Änderung

[...]

(8)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates dürfen keine nach dem Geschäftsergebnis bemessene Vergütung (Tantieme) beziehen. Auslagen können ersetzt werden. Eine Pauschalerstattung dieser Auslagen beschließen Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 23 Abs. (1) Buchst. jk). Darüber hinausgehende Vergütungen bedürfen der Beschlussfassung der Generalversammlung.

Redaktionelle Änderung, Klarstellung

(9)

Der Aufsichtsrat vertritt die Genossenschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern gerichtlich und außergerichtlich.

Ergänzung entspricht § 39 Abs 1 S. 1 GenG

(10)

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden durch den/die Vorsitzende*n, im Fall dessen/deren Verhinderung durch seinen/seine/ihren/ihre Stellvertreter*in vollzogen.

Ergänzung/ Klarstellung

§ 23 Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat

(1)

Über folgende Angelegenheiten beraten Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam und beschließen in getrennter Abstimmung:

a)

~~die Grundsätze für die Anlage von Geldern sowie für die Entgegennahme fremder Gelder;~~

Streichung

b)

den Erwerb, die Bebauung, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit im Einzelfall im Wert von mehr als 1 % des haftenden Eigenkapitals; ausgenommen sind der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten zur Rettung eigener Forderungen sowie deren Veräußerung;

Redaktionelle Änderung

Ergänzung um eine Wertgrenze

b)

die Aufnahme, Ausgliederung oder Aufgabe von Geschäften im Sinne von § 2 Abs. (2), soweit nicht die Generalversammlung nach § 30 Buchst. I) zuständig ist;

Redaktionelle Änderung

c)

die Übernahme und die Aufgabe von Beteiligungen, soweit im Einzelfall im Wert von mehr als 0,5 % des haftenden Eigenkapitals;

Redaktionelle Änderung

Ergänzung um eine Wertgrenze

d)

die Abgabe von rechtserheblichen Erklärungen von besonderer Bedeutung, insbesondere den Abschluss von Dienst-, Miet- und anderen Verträgen, durch welche wiederkehrende Verpflichtungen in erheblichem Umfang für die Genossenschaft begründet werden, über die Anschaffung und Veräußerung von beweglichen Sachen, soweit im Einzelfall im Wert von mehr als 1 % des haftenden Eigenkapitals;

Redaktionelle Änderung

Ergänzung/Klarstellung zur Wertgrenze

sowie über erforderliche Erklärungen im Zusammenhang mit dem Statut der Sicherungseinrichtung des BVR sowie der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH;

Infolge der dualen Institutssicherungsstruktur werden Erklärungen im Zusammenhang mit der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH nun auch als Erklärungen von besonderer Bedeutung festgelegt. Siehe auch die Erläuterung zur Änderung des § 16 Abs. 2e).

e)

den Beitritt zu Verbänden;

Redaktionelle Änderung

f)

die Form der Versammlung und die Form der Erörterungsphase im Fall einer Versammlung im gestreckten Verfahren (§ 36 a Abs. 3).

Redaktionelle Änderung

§ 23 Abs. 1 f) ist an den Inhalt des neuen § 43b Abs. 6 Satz 1 GenG angepasst worden.

Hinsichtlich der Details zur Form der Versammlung und die Form der Erörterungsphase im Fall einer Versammlung im gestreckten Verfahren verweist er auf § 36a Abs. 3 der Satzung.

die Festlegung von Termin und Ort der ~~ordentlichen~~-Generalversammlung;

Da § 23 Abs. 1 f) entgegen seines Wortlauts auch bislang schon für die Festlegung von Termin und Ort einer außerordentlichen Generalversammlung gegolten hat, ist seine Beschränkung auf ordentliche Generalversammlungen gestrichen worden.

die Möglichkeit der Mitwirkung an der Beschlussfassung einer nur als Präsenzversammlung durchgeführten Generalversammlung (§ 36b)

Gem. § 43b Abs. 2 GenG können bei einer Präsenzversammlung Beschlüsse der Mitglieder auch schriftlich oder im Wege der elektronischen Kommunikation gefasst werden; das Nähere hat die Satzung zu regeln. Eine entsprechende Regelung wurde hier aufgenommen. Hinsichtlich der Details zur Möglichkeit der Mitwirkung an der Beschlussfassung einer nur als Präsenzversammlung durchgeführten Generalversammlung verweist § 23 Abs. 1 f) der Satzung auf § 36b der Satzung.

und die Bild- und Tonübertragung der Generalversammlung (§ 36c Abs. 2).

Gem. § 43b Abs. 2 GenG kann die Satzung vorsehen, dass die Generalversammlung in Bild und Ton übertragen werden darf. Eine entsprechende Regelung wurde hier aufgenommen. Hinsichtlich der Details zur Bild- und Tonübertragung der Generalversammlung verweist § 23 Abs. 1 f) der Satzung auf § 36c Abs. 2 der Satzung.

hg)

die Verwendung der Ergebnissrücklagen gemäß § 39;

Redaktionelle Änderung

ih)

die Errichtung und Schließung von Zweigniederlassungen, Zweigstellen;

Redaktionelle Änderung

ji)

die Erteilung von Prokura;

Redaktionelle Änderung

ki)

die Festsetzung von Pauschalerstattungen der Auslagen an Mitglieder des Aufsichtsrats gemäß § 22 Abs. ~~{8}~~;

Redaktionelle Änderung

hk)

die Hereinnahme von Genussrechtskapital, die Begründung nachrangiger Verbindlichkeiten und stiller Beteiligungen.

Redaktionelle Änderung

(2)

Gemeinsame Sitzungen werden von dem/~~der~~ Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder dessen/~~deren~~ Stellvertreter*~~in~~ einberufen. Für die Einberufung gilt § 25 Abs. (4) Satz 2 entsprechend. Die Bestimmungen des § 19 Abs. 3 und § 25 Abs. 3 sind entsprechend anwendbar, wenn kein Mitglied des Aufsichtsrats und kein Mitglied des Vorstands diesem Verfahren widerspricht.

§ 23 Abs. 2 erklärt mit Verweis auf § 19 Abs 3 Satzung (für den Vorstand), 25 Abs 3 (für den Aufsichtsrat), dass und unter welchen Voraussetzungen virtuelle oder hybride gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat möglich sind

(3)

Den Vorsitz in den gemeinsamen Sitzungen führt der/~~die~~ Vorsitzende des Aufsichtsrats oder dessen/~~deren~~ Stellvertreter*~~in~~.

(4)

Vorstand und Aufsichtsrat sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Vorstands und mehr als die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrats ~~anwesend sind~~ mitwirken.

„mitwirken“ statt „anwesend sind“

Die Möglichkeit der schriftlichen oder elektronischen Beschlussfassung legt es nahe, nicht mehr auf die physische Anwesenheit, sondern auf die Mitwirkung der Organmitglieder abzustellen. Aus diesem Grund verlangen § 19 Abs. 2 Satz 1 schon nicht mehr die Anwesenheit, sondern die Mitwirkung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats an der Beschlussfassung. § 23 Abs. 4 ist daran angeglichen worden.

[...]

(6)

Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken in ein gemeinsames Protokoll aufzunehmen. Das Ergebnis der getrennten Abstimmung ist hierbei festzuhalten; ergänzend gilt § 19 Abs. 5 und § 25 Abs. 5 entsprechend.

Ergänzung, Klarstellung

§ 24 Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrates

Redaktionelle Änderung

(1)

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, von denen sechs von der Generalversammlung gewählt werden (Mitgliedervertreter*innen) und drei von den Mitarbeitenden (Mitarbeitervertreter*innen). Die Mitarbeitervertreter*innen sind Arbeitnehmervertreter*innen im Sinne von § 4 Abs. {1} des Drittelbeteiligungsgesetzes.

Redaktionelle Änderung

(2)

Für die Wahl und Amtszeit von Mitgliedervertreter*innen im Aufsichtsrat gilt:

a)

Vorschläge zur Wahl von Mitgliedervertreter*innen erfolgen durch den Aufsichtsrat und durch die Mitglieder der Genossenschaft. Wahlvorschläge ~~der Mitglieder der Genossenschaft~~ müssen spätestens zwei Wochen vor dem Tage der Wahlversammlung dem/der Vorsitzenden des Aufsichtsrates ~~schriftlich~~ in Textform vorliegen.

Unterschiedliche Fristen für Aufsichtsrat und Mitglieder sind rechtlich nicht zulässig. Daher erfolgt hier eine Streichung.

Ersetzung „schriftlich“ durch „in Textform“

Redaktionelle Änderung

b)

Bei der Wahl muss jede*r Wahlberechtigte die Möglichkeit haben, über jede*n einzelne*n Kandidat*in abzustimmen. Für die Wahl gilt im Übrigen § 33 ~~Abs. (3) bis (5)~~.

Es ist sinnvoll, auch § 33 Abs. 1 und Abs. 2 und somit den ganzen § 33 der Satzung bei der Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats anzuwenden. Darum ist die Einschränkung auf die Absätze 3 bis 5 gestrichen worden.

c)

Das Amt eines/einer Mitgliedervertreter*in/s beginnt mit dem Schluss der Generalversammlung, die die Wahl vorgenommen hat, und endet am Schluss der Generalversammlung, die für das 3. Geschäftsjahr nach der Wahl stattfindet; hierbei wird das Geschäftsjahr, in welchem das Aufsichtsratsmitglied gewählt wird, mitgerechnet. Jährlich scheidet ein Drittel der Mitgliedervertreter*innen aus. Für das Ausscheiden ist die Amtsdauer maßgebend; bei gleicher Amtsdauer entscheidet das Los. Wiederwahl ist zulässig.

(3)

Für Wahl und Amtszeit von Mitarbeitervertreter*innen im Aufsichtsrat gilt: Die Mitarbeitervertreter*innen werden regelmäßig alle drei Jahre im Unternehmen gewählt. Es gilt das Drittelbeteiligungsgesetz sowie die Wahlordnung zum Drittelbeteiligungsgesetz.

(4)

Scheiden Mitgliedervertreter*innen im Laufe ihrer Amtszeit aus, so besteht der Aufsichtsrat bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung, in der die Ersatzwahlen vorgenommen werden, nur aus den verbleibenden Mitgliedern. Frühere Ersatzwahlen von Mitgliedervertreter*innen durch eine außerordentliche Generalversammlung sind nur dann erforderlich, wenn die Zahl der Mitgliedervertreter*innen unter vier herabsinkt. Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Amtsdauer ausgeschiedener Aufsichtsratsmitglieder. Scheiden Mitarbeitervertreter*innen im Laufe ihrer Amtszeit aus, ohne dass Ersatzvertreter*innen bestellt worden sind, besteht der Aufsichtsrat solange aus den verbleibenden Mitgliedern, bis Neu- oder Ersatzwahlen von Mitarbeitervertreter*innen erfolgt bzw. Mitarbeitervertreter*innen gemäß den gesetzlichen Regelungen bestellt worden sind.

(5)

Personen, die das 70. Lebensjahr vollendet haben und/oder bereits für insgesamt 4 Amtszeiten in den Aufsichtsrat gewählt wurden, können nicht in den Aufsichtsrat gewählt werden.

Ergänzung um Beschränkung der Amtszeit von Aufsichtsratsmitgliedern

§ 25 Konstituierung, Beschlussfassung

(1)

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte eine*n Vorsitzende*n sowie eine*n Stellvertreter*in. Sitzungen des Aufsichtsrates werden durch seine*n Vorsitzende*n, im Verhinderungsfalle durch dessen/deren Stellvertreter*in, einberufen. Solange ein*e Vorsitzende*r und ein*e Stellvertreter*in nicht gewählt oder verhindert sind, werden die Aufsichtsratssitzungen durch das an Lebensjahren älteste Aufsichtsratsmitglied einberufen.

Redaktionelle Änderung

(2)

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens drei die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der/die Vorsitzende oder sein/seine/ihr/ihre Stellvertreter*in, anwesend sind mitwirkt. Er fasst seine Beschlüsse durch Stimmenmehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgerechnet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesem Fall das Los; § 33 gilt sinngemäß.

Die Möglichkeit der schriftlichen oder elektronischen Beschlussfassung legt es nahe, nicht auf die Anwesenheit, sondern auf die Mitwirkung der Aufsichtsratsmitglieder daran abzustellen. Aus diesem Grund verlangt § 19 Abs. 2 Satz 1 schon nicht mehr die Anwesenheit, sondern die Mitwirkung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats an der Beschlussfassung und auch § 23 Abs. 4 ist daran angeglichen worden. Hiermit erfolgt auch eine Angleichung des § 25 Abs. 2.

(3)

Aufsichtsratssitzungen können auch ohne körperliche Anwesenheit an einem Sitzungsort mittels elektronischer Kommunikation abgehalten werden (virtuelle Sitzung), wenn kein Mitglied des Aufsichtsrats diesem Verfahren widerspricht.

Unter denselben Voraussetzungen kann eine Aufsichtsratssitzung sowohl durch körperliche Anwesenheit am Sitzungsort als auch ohne körperliche Anwesenheit an diesem Ort mittels elektronischer Kommunikation abgehalten werden (hybride Sitzung).

Eine Beschlussfassung ist in dringenden Fällen auch ohne Einberufung einer Sitzung schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation ~~schriftlicher Abstimmung oder durch entsprechende Fernkommunikationsmedien~~ zulässig, wenn der/die Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein/ihre Stellvertreter*in eine solche Beschlussfassung veranlasst und kein Mitglied des Aufsichtsrats diesem Verfahren widerspricht.

Wie § 19 Abs. 3 ist auch § 25 Abs. 3 um Klarstellungen ergänzt worden. Zunächst wird klargestellt, dass Aufsichtsratssitzungen auch virtuell abgehalten werden können und erklärt, was virtuelle Sitzungen sind.

Dann wird klargestellt, dass Aufsichtsratssitzungen auch hybrid abgehalten werden können, und erklärt, was hybride Sitzungen sind.

Schließlich wird klargestellt, dass Aufsichtsratsbeschlüsse auch ohne Sitzung grundsätzlich schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation gefasst werden können.

(4)

Die Sitzungen des Aufsichtsrates sollen mindestens halbjährlich stattfinden. Außerdem hat der/die Vorsitzende eine Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen, so oft dies im Interesse der Genossenschaft nötig erscheint oder wenn es der Vorstand oder mindestens die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder ~~schriftlich~~ in Textform unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt. Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, so können die Antragsteller*innen unter Mitteilung des Sachverhalts selbst den Aufsichtsrat einberufen.

Redaktionelle Änderung

Ersetzung „schriftlich“ durch „in Textform“

(5)

Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken ordnungsgemäß zu protokollieren. Die Protokolle sind fortlaufend zu nummerieren. Sie sind von mindestens zwei Sitzungsteilnehmer*innen zu signieren ~~unterzeichnen~~ und mit den sonstigen Unterlagen bei der Genossenschaft aufzubewahren.

Ersetzung „unterzeichnen“ durch „signieren“

(6)

Wird über Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die Interessen eines Aufsichtsratsmitglieds, seine*r Ehegatt*innen oder seine*r eingetragene*n Lebenspartner*in, seiner Eltern, Kinder, Geschwister oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, darf das betreffende Aufsichtsratsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Aufsichtsratsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

Auch in dieser Befangenheitsklausel wird nun berücksichtigt, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft der Ehe in rechtlicher Hinsicht inzwischen weitestgehend gleichgestellt ist.

(7)

Im Übrigen gibt sich der Aufsichtsrat nach Anhörung des Vorstandes seine Geschäftsordnung selbst.

Redaktionelle Änderung

Diese ist vom Aufsichtsrat nach Anhörung des Vorstands aufzustellen und jedem Mitglied des Aufsichtsrats auszuhändigen.

Vershoben und überarbeitet aus Absatz 7 Satz 3 (alte Fassung).

(8)

~~Er~~Der Aufsichtsrat ist ~~dabei~~ gehalten, unbeschadet der in Abs. (2) festgelegten Mehrheitsverhältnisse, grundsätzlich einstimmige Beschlussfassung vorzusehen.

Neuer Absatz
Redaktionelle Änderung

~~Die Geschäftsordnung ist jedem Mitglied des Aufsichtsrates auszuhändigen.~~

Versoben in Absatz 7 Satz 2

C. Die Generalversammlung

§ 26 Ausübung der Mitgliedsrechte

[...]

(3)

Geschäftsunfähige, beschränkt geschäftsfähige Personen sowie juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch den/die gesetzliche/n Vertreter*in, Personengesellschaften durch ihre zur Vertretung ermächtigten Gesellschafter*innen aus.

(4)

Mitglieder, deren gesetzliche Vertreter*innen oder zur Vertretung ermächtigte Gesellschafter*innen, können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Mehrere Erb*innen eines verstorbenen Mitglieds können das Stimmrecht nur durch eine*n gemeinschaftlich*en Bevollmächtigte*n ausüben. Ein*e Bevollmächtigte*r kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft, Ehegatt*innen oder eingetragene Lebenspartner*innen, Eltern, Kinder oder Geschwister eines Mitglieds sein oder müssen zum/zur Vollmachtgeber*in in einem Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnis stehen.

§ 26 Abs. 4 grenzt die möglichen Bevollmächtigten aus dem privaten Umfeld auf enge Angehörige ein. Auch hierin wird nun berücksichtigt, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft der Ehe in rechtlicher Hinsicht inzwischen weitestgehend gleichgestellt ist.

Personen, an die die Mitteilung über den Ausschluss abgesandt ist (§ 9 Abs. (5)), sowie Personen, die sich geschäftsmäßig zur Ausübung des Stimmrechts anbieten, können nicht bevollmächtigt werden.

Weitere Einschränkung der möglichen Bevollmächtigten

(5)

Stimmberechtigte gesetzliche bzw. ermächtigte Vertreter*innen oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis auf Verlangen des/der Versammlungsleitenden schriftlich nachweisen. Die Regelung des § 36a Abs. 4 bleibt unberührt.

§ 26 Abs. 5 Satz 2 dient der Klarstellung, dass bei virtuellen Generalversammlungen eine speziellere Regelung des Nachweises von Stimmvollmachten vorgeht: Es gilt dann nicht § 26 Abs. 5 Satz 1, sondern § 36a Abs. 4.

(6)

Niemand kann für sich oder eine*n andere*n das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluss gefasst wird, ob er/sie oder das vertretene Mitglied zu entlasten oder von einer Verbindlichkeit zu befreien ist, oder ob die Genossenschaft gegen ihn/sie oder das vertretene Mitglied einen Anspruch geltend machen soll. Er/Sie ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

§ 27 Frist und Tagungsort

[...]

(3)

Die Generalversammlung findet am Sitz der Genossenschaft statt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 23 Abs. (1) ~~fg~~ einen anderen Tagungsort und/oder eine andere Form der Versammlung (§ 36a) festlegen.

Redaktionelle Änderung und § 27 Abs. 3 ist an den Wortlaut des § 43b Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 GenG angepasst worden.

§ 28 Einberufung und Tagesordnung

[...]

(3)

Die Generalversammlung wird durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Mitglieder in Textform oder durch Bekanntmachung in der ~~durch § 46 vorgesehenen Form~~ papierhaften Ausgabe des „Bankspiegels“ einberufen unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen, die zwischen dem Tag des Zugangs (Absatz (7)) bzw. der Veröffentlichung der Einberufung und dem Tag der Generalversammlung liegen muss. Bei der Einberufung ist die Tagesordnung die Form der Versammlung, im Fall des § 36a Abs. 3 zusätzlich die Form der Erörterungsphase und im Fall der § 36a Abs. 1 bis 3 die erforderlichen Angaben zur Nutzung der schriftlichen oder elektronischen Kommunikation bekannt zu machen.

„durch § 46 vorgesehenen Form“ durch „papierhaften Ausgabe des Bankspiegels“ ersetzt, die Formulierung wurde aus § 46 übernommen

Bei der Einberufung der Generalversammlung ist nun auch die Form der Versammlung bekannt zu machen. Falls die Versammlung im gestreckten Verfahren durchgeführt wird, ist außerdem die Form der Erörterungsphase bekannt zu machen. Falls die Versammlung virtuell, hybrid oder im gestreckten Verfahren durchgeführt wird, sind ferner die erforderlichen Angaben zur Nutzung der schriftlichen oder elektronischen Kommunikation bekannt zu machen. § 28 Abs. 3 ist entsprechend ergänzt worden.

§ 36c bleibt unberührt.

*§ 36c Satzung regelt die „Übertragung der Generalversammlung in Bild und Ton“
Gem. § 36c ist die Art und Weise der Übertragung mit der Einberufung bekannt zu machen.*

(4)

Die Tagesordnung wird von demjenigen/derjenigen festgesetzt, der/die die Generalversammlung einberuft. Mitglieder der Genossenschaft können in einem von ihnen unterzeichneten Antrag unter Angabe der Gründe verlangen, dass Gegenstände zur Beschlussfassung in der Generalversammlung angekündigt werden; hierzu bedarf es der Unterschriften mindestens des zehnten Teils der Genossenschaftsmitglieder, höchstens jedoch von 5200 Mitgliedern.

Erhöhung der erforderlichen Mitgliederunterschriften auf 200, um zu erreichen, dass bei der mittlerweile hohen Mitgliederzahl nur ausreichend unterstützte Anliegen als Gegenstand der Beschlussfassung in der Generalversammlung angekündigt werden.

[...]

(7)

In den Fällen der Absätze (3) und (5) gelten die Mitteilungen als zugegangen, wenn sie zwei Werktage vor Beginn der Frist ~~zur-~~ Post-gegebenen-abgesendet worden sind.

§ 28 Abs. 3 der Satzung gestattet die Benachrichtigung in Textform (also zum Beispiel per E-Mail). Daran ist Abs. 7 sprachlich angeglichen worden

§ 29 Versammlungsleitung

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/~~die~~ Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein/~~ihre~~ Stellvertreter*~~in~~ (Versammlungsleiter*~~de~~*r). Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Vorsitz einem Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates, einem anderen Mitglied der Genossenschaft oder einem/~~einer~~ Vertreter*~~in~~ des Prüfungsverbandes übertragen werden. Der/~~Die~~ Versammlungsleiter*~~de~~*r ernannt eine*n Schriftführer*~~in~~ ~~oder~~ und erforderlichenfalls Stimmzähler*~~innen~~.

Redaktionelle Änderung

§ 30 Gegenstände der Beschlussfassung

Die Generalversammlung beschließt über die im Genossenschaftsgesetz und in dieser Satzung bezeichneten Angelegenheiten, insbesondere über:

[...]

b)

Umfang der Bekanntgabe des Prüfungsberichtes des Prüfungsverbandes;

Redaktionelle Änderung

[...]

d)

Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats;

Redaktionelle Änderung

[...]

p)

Anpassungen der Höhe des Beitrags gem. §§ 12 Buchstabe d), 2 Abs. ~~(4)~~ sowie Ausnahmen von der Zahlungspflicht gem. §§ 12 Buchstabe d), 2 Abs. ~~(4)~~, soweit nicht § 16 Abs. ~~(2)~~ Buchstabe ~~j~~i) etwas anderes regelt.

Redaktionelle Änderung

[...]

§ 31 Mehrheitserfordernisse

[...]

(2)

Eine Mehrheit von drei Vierteln der gültig abgegebenen Stimmen ist insbesondere in folgenden Fällen erforderlich:

[...]

i)

Anpassungen der Höhe des Beitrags gem. §§ 12 Buchstabe d), 2 Abs. ~~(4)~~ sowie Ausnahmen von der Zahlungspflicht gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. ~~(4)~~, soweit nicht § 16 Abs. ~~(2)~~ Buchstabe ~~j~~i) etwas anderes regelt.

Redaktionelle Änderung

[...]

(6)

Über die Änderung der §§ 22 Abs. (7), 31 Abs. (6), ~~37 Abs. (1) und 40~~ der Satzung kann nur einstimmig von allen in der Generalversammlung erschienenen an der Beschlussfassung mitwirkenden Mitgliedern beschlossen werden.

Streichung der §§ 37 Abs. 1 und 40 aus § 31 Abs. 6. Eine Satzungsänderung der §§ 37 Abs. 1 und 40 erfordert damit zukünftig eine Mehrheit gem. § 31 Abs. 2 a), d. h. eine Mehrheit von drei Vierteln der gültig abgegebenen Stimmen.
Anpassung an die neuen Formen der Generalversammlung durch Ersetzung der Formulierung „erschienenen“.

§ 32 Entlastung

(1)

Niemand kann für sich oder eine*n andere*n das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluss gefasst wird, ob er/sie oder das vertretene Mitglied zu entlasten ist.

(2)

Über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat ist getrennt abzustimmen, wobei für jedes der Organe en bloc abgestimmt werden kann; hierbei haben weder die Mitglieder des Vorstandes noch des Aufsichtsrates ein Stimmrecht.

Ergänzung um Möglichkeit der en-bloc-Abstimmung

Redaktionelle Änderung

§ 33 Abstimmungen und Wahlen

(1)

Abstimmungen und Wahlen werden offen (zum Beispiel per mit-Handzeichen) oder mit Stimmzetteln geheim durchgeführt.

Anpassung der Formulierungen an die neuen Formen der Generalversammlung.

Dass bislang zwischen der Wahl „mit Stimmzettel“ und „mit Handzeichen“ unterschieden wurde, ist der ausschließlichen Durchführung der Generalversammlungen als Präsenzversammlung geschuldet. Wenn die Generalversammlung virtuell durchgeführt wird, passen diese Begrifflichkeiten nicht immer. Daher wird nun etwas allgemeiner zwischen der geheimen und der offenen Wahl differenziert.

Sie Abstimmungen und Wahlen müssen geheim ~~durch Stimmzettel~~ erfolgen, wenn der Vorstand, der Aufsichtsrat oder mindestens der vierte Teil der bei der Beschlussfassung hierüber gültig abgegebenen Stimmen es verlangt.

Anpassung der Formulierungen an die neuen Formen der Generalversammlung, siehe Erläuterung oben zu § 33 Abs. 1 S. 1 Satzung

Vorstand oder Aufsichtsrat können vor der Präsenzversammlung festlegen, dass Abstimmungen und Wahlen in der Versammlung im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden.

Bei einer Präsenzversammlung können Beschlüsse der Mitglieder auch schriftlich oder im Wege der elektronischen Kommunikation gefasst werden; das Nähere hat die Satzung zu regeln.

§ 33 Abs. 1 S. 3 enthält nun eine entsprechende Regelung.

(2)

Bei der Feststellung des Stimmenverhältnisses werden nur die gültig abgegebenen Stimmen gezählt; Stimmenthaltungen und ungültig abgegebene Stimmen werden nicht berücksichtigt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesen Fällen das Los. Für jede/n zu wählende/n Kandidat*in/en kann jeweils nur eine Stimme abgegeben werden.

(3)

Wird eine Wahl mit Stimmzetteln geheim durchgeführt, so hat jede/r Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind. Der/Die Wahlberechtigte bezeichnet auf dem Stimmzettel die vorgeschlagenen Kandidat*innen, denen er seine/ sie ihre Stimme geben will. Gewählt sind die Kandidat*innen, die die meisten Stimmen erhalten.

Anpassung der Formulierungen an die neuen Formen der Generalversammlung, siehe Erläuterung zu § 33 Abs. 1 S. 1 Satzung

(4)

Wird eine Wahl mit Handzeichen offen durchgeführt, so ist für jedes zu vergebende Mandat ein besonderer Wahlgang erforderlich. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Erhält kein/e Kandidat*in im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so wird eine Stichwahl zwischen jeweils den beiden Kandidat*innen durchgeführt, die die meisten Stimmen erhalten haben. In diesem Fall ist der/die Kandidat*in gewählt, der/die die meisten Stimmen erhält. Sind nicht mehr Kandidat*innen vorgeschlagen, als Mandate neu zu besetzen sind, so kann en bloc abgestimmt werden, sofern dem nicht widersprochen wird.

Anpassung der Formulierungen an die neuen Formen der Generalversammlung, siehe Erläuterung zu § 33 Abs. 1 S. 1 Satzung.

Ergänzung um Möglichkeit der en-bloc-Abstimmung.

(5)

Der/Die Gewählte hat spätestens unverzüglich nach der Wahl der Genossenschaft gegenüber zu erklären, ob er/sie die Wahl annimmt.

Die Änderung des Abs. 5 berücksichtigt, dass die Annahme der Wahl vorsorglich auch schon vor dem Wahlakt erklärt werden kann. So vorzugehen, wäre bei der virtuellen Durchführung der Generalversammlung ggf. von Vorteil.

[...]

§ 35 Versammlungsniederschrift

[...]

(2)

Die Niederschrift soll spätestens innerhalb von acht Wochen nach dem Schluss der Generalversammlung erfolgen.

Wenn die Generalversammlung aus einer Diskussionsphase und einer Abstimmungsphase besteht (vgl. § 36a Abs. 3), folgt aus § 35 Abs. 2 Satz 1, dass die Niederschrift erst nach dem Ende der Abstimmungsphase erstellt zu werden braucht.

In der Niederschrift sollen Ort und Tag oder Zeitraum der Versammlung, Form der Versammlung und im Fall der Versammlung im gestreckten Verfahren (§ 36a Abs. 3) zusätzlich die Form der Erörterungsphase, Name des/der Versammlungsleitenden^{FS} sowie Art und Ergebnis der Abstimmungen und die Feststellungen des/der Versammlungsleitenden^{FS} über die Beschlussfassung angegeben werden.

Aus § 35 Abs. 2 Satz 2, dass die Generalversammlung nicht an einem Tag, sondern während eines längeren Zeitraums stattfindet. Auch für das Protokoll der Generalversammlung macht das GenG jetzt weitere Vorgaben. Neben dem Ort und dem Tag der Versammlung hat die Niederschrift nun die Form der Versammlung bekannt zu machen. Falls die Versammlung im gestreckten Verfahren durchgeführt worden ist, ist darin außerdem die Form der Erörterungsphase anzugeben.

Bei Versammlungen nach § 36a Abs. 1 oder im Fall einer virtuellen Erörterungsphase im Rahmen einer Versammlung im gestreckten Verfahren nach § 36a Abs 3 ist als Ort der Versammlung der Sitz der Genossenschaft anzugeben.

Falls die Versammlung virtuell, hybrid oder im gestreckten Verfahren durchgeführt worden ist, ist außerdem als Ort der Versammlung der Sitz der Genossenschaft im Protokoll zu erwähnen. § 35 Abs. 2 ist entsprechend ergänzt worden.

Die Niederschrift muss von dem/der Versammlungsleitenden, dem/der Schriftführenden und mindestens einem den-Vorstandsmitgliedern, ~~dasie~~ an der Generalversammlung teilgenommen ~~hatben~~, unterschrieben werden; ihr sind die Belege über die Einberufung als Anlage beizufügen.

Nach § 47 Abs. 2 Satz 1 GenG genügt es, dass die Versammlungsniederschrift vom Vorsitzenden und mindestens einem anwesenden Mitglied des Vorstands unterschrieben wird. Diese Erleichterung wird hiermit nachvollzogen.

(3)

Der Niederschrift ist in den Fällen des § 47 Abs. (3) des Genossenschaftsgesetzes ein Verzeichnis der erschienenen oder vertretenen Mitglieder und der Vertreter*innen von Mitgliedern beizufügen. Bei jedem erschienenen oder vertretenen Mitglied ist dessen Stimmenzahl zu vermerken.

(4)

Die Niederschrift ist mit den dazugehörigen Anlagen aufzubewahren. Die Einsichtnahme ist jedem Mitglied der Genossenschaft zu gestatten. Eine Bevollmächtigung Dritter ist dazu in analoger Anwendung der Regelung in § 26 Abs. 4 und 5 zulässig.

Ergänzung um Regelung zur Möglichkeit der Bevollmächtigung für die Einsichtnahme.

(5)

Zusätzlich ist der Niederschrift im Fall des § 36a der Satzung ein Verzeichnis über die an der Beschlussfassung mitwirkenden Mitglieder beizufügen und darin die Art der Stimmabgabe zu vermerken.

Neu

Ergänzung: Gem. § 47 Abs 1 S. 4, 5 GenG ist der Niederschrift ein Verzeichnis der Mitglieder beizufügen, die an der Beschlussfassung mitgewirkt haben und zu jedem Mitglied die Art der Stimmabgabe anzugeben, wenn Beschlüsse der Generalversammlung nicht auf einer Präsenzversammlung gefasst werden.

§ 35 Abs.5 enthält nun eine entsprechende Regelung

§ 36 Teilnahme der Verbände

Vertreter*innen des Prüfungsverbandes und der genossenschaftlichen Spitzenverbände sind berechtigt, an jeder Generalversammlung teilzunehmen und sich jederzeit zu äußern~~das Wort zu ergreifen~~.

Das Recht der Prüfungsverbandsvertreter*innen, „das Wort zu ergreifen“, folgt aus § 59 Abs. 3 GenG. Je nach Art der Durchführung der Generalversammlung (siehe etwa § 36a Abs. 3) passt diese Formulierung nicht. Sie ist daher durch eine neutralere ausgetauscht worden.

§ 36 a Virtuelle Versammlung, hybride Versammlung und Versammlung im gestreckten Verfahren

§ 36a regelt die alternativ zur Präsenzversammlung möglichen Formen der Generalversammlung näher.

(1)

Die Generalversammlung kann ohne physische Präsenz der Mitglieder an einem Ort abgehalten werden (virtuelle Versammlung).

§ 36a Abs. 1 definiert und regelt die virtuelle Generalversammlung in Anlehnung an das Genossenschaftsgesetz.

In diesem Fall muss sichergestellt sein, dass der gesamte Versammlungsverlauf allen teilnehmenden Mitgliedern schriftlich oder im Wege der elektronischen Kommunikation mitgeteilt wird und alle teilnehmenden Mitglieder ihre Rede-, Antrags-, Auskunfts- und Stimmrechte schriftlich oder im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können.

Bei der Einberufung sind insbesondere Informationen über evtl. Zugangsdaten sowie darüber hinaus, auf welche Weise das Rede-, Antrags-, Auskunfts- und Stimmrecht ausgeübt werden kann, mitzuteilen.

(2)

Die Teilnahme an der Generalversammlung kann auch wahlweise am Ort der Versammlung physisch oder ohne physische Anwesenheit an diesem Ort erfolgen (hybride Versammlung).

In diesem Fall muss sichergestellt sein, dass der gesamte Versammlungsverlauf allen teilnehmenden Mitgliedern im Wege der elektronischen Kommunikation mitgeteilt wird, die Mitglieder, die ohne physische Anwesenheit am Ort der Versammlung teilnehmen, ihre Rede-, Antrags-, Auskunfts- und Stimmrechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können und der Vorstand und der Aufsichtsrat durch physisch am Ort der Versammlung anwesende Mitglieder vertreten sind.

Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 36a Abs. 2 definiert und regelt die hybride Generalversammlung in Anlehnung an das Genossenschaftsgesetz.

(3)

Die Teilnahme an der Generalversammlung kann auch dergestalt erfolgen, dass die Versammlung aufgespalten wird in eine Erörterungsphase, die abgehalten wird als virtuelle Versammlung oder als hybride Versammlung und in eine zeitlich nachgelagerte Abstimmungsphase (Versammlung im gestreckten Verfahren).

In diesem Fall muss sichergestellt sein, dass während einer als virtuelle Versammlung stattfindenden Erörterungsphase Abs. 1 S. 2 mit Ausnahme der Anforderungen an die Ausübung von Stimmrechten erfüllt ist und während einer als hybride Versammlung stattfindenden Erörterungsphase Abs. 2 S. 2 mit Ausnahme der Anforderungen an die Ausübung von Stimmrechten erfüllt ist.

Außerdem muss sichergestellt sein, dass während der Abstimmungsphase alle Mitglieder ihre Stimmrechte schriftlich oder im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können.

Abs. 1 S. 3 gilt entsprechend; mitzuteilen ist ferner, wie und bis wann die schriftliche oder im Wege der elektronischen Kommunikation abzugebende Stimmabgabe zu erfolgen hat.

§ 36a Abs. 3 definiert und regelt die Generalversammlung im gestreckten Verfahren in Anlehnung an das Genossenschaftsgesetz.

Typisch für diese Versammlungsform ist die Aufteilung in eine Erörterungsphase, die entweder als virtuelle oder hybride Versammlung durchgeführt werden kann, und eine nachgelagerte Abstimmungsphase.

(4)

Die Ausübung von Stimmvollmachten (§ 26 Abs. 4) ohne physische Anwesenheit in der Generalversammlung ist nur zulässig, wenn die Vollmacht dem Vorstand mindestens eine Woche vor dem Tag der Generalversammlung in schriftlicher Form nachgewiesen wird.

Stimmvollmachten müssen in Schriftform (§ 126 BGB) erteilt und nachgewiesen werden. Der bislang ausreichende schriftliche Nachweis der Vertretungsbefugnis in der Generalversammlung auf Verlangen des Versammlungsleitenden (§ 26 Abs. 5 Satz 1) könnte in einer Generalversammlung ohne physische Präsenz kaum erbracht werden. Daher muss die Vollmacht dem Vorstand dann mindestens eine Woche vor dem Tag der virtuellen Generalversammlung in schriftlicher Form nachgewiesen werden

§ 36b Schriftliche oder elektronische Mitwirkung an der Beschlussfassung einer nur als Präsenzveranstaltung durchgeführten Generalversammlung

(1)

Ist gestattet worden, an der Beschlussfassung einer nur als Präsenzveranstaltung durchgeführten Generalversammlung schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation mitzuwirken, ist zusammen mit der Einberufung mitzuteilen, wie und bis wann die schriftliche oder elektronische Stimmabgabe zu erfolgen hat.

Wenn Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen haben, dass auch die bloße schriftliche oder elektronische Mitwirkung an der Beschlussfassung der Generalversammlung möglich ist, sind der Einberufung gemäß Abs. 1 Informationen darüber beizufügen, wie und bis wann das Stimmrecht schriftlich oder elektronisch ausgeübt werden kann.

(2)

§ 36a Abs. 4 gilt entsprechend.

Wenn erlaubt worden ist, schriftlich oder elektronisch an der Beschlussfassung mitzuwirken, dürfen das auch Bevollmächtigte tun. Der Verweis in Abs. 2 macht darauf aufmerksam, dass die Vollmacht dem Vorstand auch in diesem Fall mindestens eine Woche vor dem Tag der Generalversammlung in schriftlicher Form nachgewiesen werden muss.

§ 36c Übertragung der Generalversammlung in Bild und Ton

Die Übertragung der Generalversammlung in Bild und Ton ist zulässig. Die Entscheidung darüber, ob und auf welche Weise die Generalversammlung in Bild und Ton übertragen wird, obliegt dem Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats. Die Art und Weise der Übertragung ist mit der Einberufung bekannt zu machen.

Die Regelung erklärt die Möglichkeit der Übertragung der Generalversammlung in Bild und Ton für zulässig. Darüber hinaus legt § 36 c fest, dass Vorstand und Aufsichtsrat über das Ob und die Art und Weise der Übertragung entscheiden und dass über die Art und Weise der Übertragung mit der Einberufung zu informieren ist.

IV. Eigenkapital und Haftsumme

§ 37 Geschäftsanteil und Geschäftsguthaben

(1)

Der Geschäftsanteil beträgt 100 Euro. Die Mindestbeteiligung beträgt einen Geschäftsanteil. Angestrebt wird eine Beteiligung von mindestens fünf Geschäftsanteilen, ohne dass hierzu eine Pflicht besteht. Jedes Mitglied, das juristische Person ist, sollte ~~wenigstens~~ mindestens 25 Geschäftsanteile erwerben.

Neuregelung zur Höhe der Soll-Geschäftsanteile.

(2)

~~Der~~ Geschäftsanteile ~~ist~~ sind sofort einzuzahlen. Der Vorstand kann die Einzahlung in Raten zulassen. ~~-Die Einzahlung in Raten- ist zulässig:~~ In diesem Fall sind auf den Geschäftsanteil nach Eintragung in die Liste der Mitglieder vom Beginn des folgenden Monats an monatlich mindestens 25,00 Euro einzuzahlen, bis der Geschäftsanteil erreicht ist. Die vorzeitige Volleinzahlung des Geschäftsanteils ist zulässig.

Klarstellung zu Abs. 2 Satz 1 und 2.

Der Vorstand kann die Einzahlung in Raten zulassen.

(3)

Ein Mitglied kann sich mit weiteren Geschäftsanteilen beteiligen. Die Beteiligung des Mitglieds mit ~~einem zweiten weiteren~~ Geschäftsanteilen darf erst zugelassen werden, wenn ~~die der erste~~ Geschäftsanteile nach Absatz 1 voll eingezahlt ~~sind ist; Entsprechendes gilt für die Beteiligung mit weiteren Geschäftsanteilen.~~ Für die Einzahlung gilt Abs. (2) entsprechend.

Folgeanpassung zu den Anpassungen in Abs. 1 und 2.

Redaktionelle Änderung

[...]

§ 39 Andere Ergebnismrücklagen

Neben der gesetzlichen Rücklage wird eine andere Ergebnismrücklage gebildet, der jährlich mindestens zehn Prozent des Jahresüberschusses zuzüglich eines eventuellen Gewinnvortrags bzw. abzüglich eines eventuellen Verlustvortrags zuzuweisen sind. Weitere Ergebnismrücklagen können gebildet werden. Über ihre Verwendung beschließen Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung (§ 23 Abs. (1) Buchstabe ~~g~~ h)).

Redaktionelle Änderung

§ 40 ~~Beschränkte Haftpflicht~~ Nachschusspflicht

~~Die Haftung der Mitglieder ist auf die Haftsumme beschränkt; die Haftsumme für die ersten 50 Geschäftsanteile beträgt 100,00 Euro je Geschäftsanteil. Für weitere Geschäftsanteile tritt eine Erhöhung der Haftsumme nicht ein.~~

Eine Nachschusspflicht der Mitglieder ist ausgeschlossen.

Der Haftsummenzuschlag in § 40 soll entfallen:

Er ist eine Hürde für die Zeichnung von Geschäftsguthaben und die bislang geltende Begründung entfällt:

Die Anerkennung von Haftsummenzuschlägen als Ergänzungskapital beim bankaufsichtlichen Eigenkapital von Kreditgenossenschaften ist seit dem 01.01.2022 vollständig entfallen. Die Beibehaltung einer Nachschusspflicht in der Satzung hätte daher keine relevanten Vorteile mehr, allerdings den Nachteil einer abschreckenden Wirkung und daraus resultierendem Erklärungsbedarf in manchem Einzelfall. Da die Satzung gemäß § 6 Nr. 3 GenG eine Aussage dazu treffen muss, ob eine Nachschusspflicht besteht, ist § 40 nicht ersatzlos entfallen, sondern in einen ausdrücklichen Ausschluss der Nachschusspflicht geändert worden.

V. Rechnungswesen

[...]

§ 42 Jahresabschluss und Lagebericht

[...]

(3)

Jahresabschluss und Lagebericht nebst dem Bericht des Aufsichtsrates sollen mindestens eine Woche vor dem Tag der Generalversammlung in den Geschäftsräumen der Genossenschaft oder an einer anderen bekannt zu machenden Stelle zur Einsicht der Mitglieder ausgelegt, auf der Internetseite der Genossenschaft zugänglich gemacht oder ihnen sonst zur Kenntnis gebracht werden.

Redaktionelle Änderung

Für den Fall, dass die Generalversammlung aus einer Erörterungsphase und einer Abstimmungsphase besteht (vgl. § 36a Abs. 3), wird durch die Ergänzung in Abs. 3 klargestellt, dass die Auslegungsfrist vom Beginn der Erörterungsphase an zu berechnen ist. Ergänzung um Möglichkeit der Bekanntmachung auf der Internetseite.

(4)

Der Bericht des Aufsichtsrates über seine Prüfung des Jahresabschlusses und des gesetzlichen Lageberichtes ist der ordentlichen Generalversammlung zu erstatten.

Redaktionelle Änderung

[...]

VI. Liquidation

[...]

VII. Bekanntmachungen

§ 46 Bekanntmachungen

(1)

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden erfolgen, soweit gesetzlich oder in der Satzung nichts Abweichendes vorgeschrieben ist, auf der öffentlichen zugänglichen Internetseite der Genossenschaft unter ihrer Firma im „Bankspiegel“, Zeitschrift für ein modernes Bankwesen, der Jahresabschluss und der gesetzliche Lagebericht sowie die in § 325 HGB genannten Unterlagen werden nur im elektronischen Bundesanzeiger-Unternehmensregister veröffentlicht.

Änderung des Bekanntmachungsmediums, soweit gesetzlich oder in der Satzung nichts anderes geregelt ist.

„Bundesanzeiger“ ersetzt durch „Unternehmensregister“, da die Umsetzung der EU-Digitalisierungsrichtlinie zu Änderungen bei der Offenlegung von Rechnungslegungsunterlagen und Unternehmensberichten für Kreditinstitute geführt hat.

[...]

(3)

Sind ist die Bekanntmachungen der Einberufung der Generalversammlung in der Zeitschrift im „Bankspiegel“, Zeitschrift für ein modernes Bankwesen; nicht möglich, so wird bis zur Bestimmung eines anderen Bekanntmachungsorgans durch die Generalversammlung diese durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Mitglieder in Textform einberufen.

Änderung, Klarstellung zu Bekanntmachungen/ Bekanntmachung der Einberufung der Generalversammlung

(4)

Sind die Bekanntmachungen gem. § 46 Abs. 1 über die öffentlich zugängliche Internetseite der Genossenschaft nicht möglich. Die übrigen Bekanntmachungen erfolgen diese bis zur Bestimmung eines anderen Bekanntmachungsorgans im elektronischen Bundesanzeiger.

Änderung, Klarstellung zu Bekanntmachungen/ Bekanntmachung gem. § 46 Abs. 1

KONTAKT

Telefon: +49 234 5797 100
kundendialog@gls.de
www.gls.de

STANDORTE

BERLIN

Schumannstraße 10
10117 Berlin

BOCHUM

Christstraße 9
44789 Bochum

FRANKFURT

Mainzer Landstraße 47
60329 Frankfurt/M.

FREIBURG

Merzhauser Straße 177
79100 Freiburg

HAMBURG

Düsternstraße 10
20355 Hamburg

MÜNCHEN

Bruderstraße 5a (Eingang Unsöldstraße)
80538 München

STUTTGART

Eugensplatz 5
70184 Stuttgart